

Newsletter aus Brüssel

24.3.2015, Ausgabe 3

IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Offizieller Startschuss für die Europäische Energieunion
- Gewerkschaften Europas für ein Umdenken bei Griechenland-Reformkurs
- Milliardenstarker EU-Investitionsfonds – IG Metall und EGB fordern Mitbestimmung der Sozialpartner
- EU-Sozialminister: Beschäftigung ist der Schlüssel zu Integration und Wachstum
- Sozialer Dialog ist Verlierer der Wirtschaftskrise in Europa
- Wettbewerbsfähigkeit nur mit Sozialpartnerschaft
- Ausblick: Industriepolitische Konferenz

Offizieller Startschuss für die Europäische Energieunion

Die EU-Kommission legte am 25. Februar 2015 ihre Rahmenstrategie für eine Europäische Energieunion vor. "Heute starten wir das ehrgeizigste europäische Energieprojekt seit der Gründung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl", erklärte Maros Sefcovic, für die Energieunion zuständiger Vizepräsident der Kommission.

Bislang ist die EU der größte Energieimporteur der Welt. 53 Prozent ihrer Energie stammt aus Nicht-EU-Staaten. Aus diesem Grund, so die EU-Kommission, sei die Schaffung einer Energieunion längst überfällig. Die einzelnen 28 europäischen Energiemärkte sollen damit zu einem gemeinsamen Verbund zusammengeschlossen werden. Auf diese Weise soll ein europäischer Energiebinnenmarkt geschaffen, die Energieversorgungssicherheit erhöht, der Energieverbrauch gesenkt und die Energieeffizienz gesteigert, außerdem eine De-Karbonisierung des Wirtschaftssystems erreicht sowie Energieforschung und -innovation gefördert werden.

Die Regierungschefs der 28 EU-Staaten unterstützen diese Strategie. Dies geht aus einer Erklärung hervor, die auf ihrem Gipfeltreffen am 19. März 2015 verabschiedet wurde. Um die Energieeffizienz zu steigern, müssten auch entsprechende klimaschutzpolitische Maßnahmen ergriffen werden, so die EU-Kommission. Hierbei spricht sie sich klar aus für neue CO₂-Vorhaben für Kfz nach 2020, allerdings ohne konkrete Zahlen zu nennen. Sie plant, eine post 2020 Regulierung des CO₂-Ausstoßes 2016/17 anzugehen. Generell werde eine De-Karbonisierung des Verkehrssektors angestrebt. Dazu müsse der gesamte Verkehrssektor transformiert und zunehmend alternative Kraftstoffe verwendet werden.

Die IG Metall bewertet die Energieunion insgesamt als ambitioniertes und wichtiges Vorhaben. Eine Neuregulierung der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor hält sie grundsätzlich für richtig. Im Vorfeld müsse jedoch nicht nur die technische Machbarkeit geprüft werden, sondern auch eine Folgenabschätzung über die Auswirkungen einer Transformation des Verkehrssektors auf die Beschäftigung erfolgen. Vor diesem Hintergrund sei eine Neuregulierung frühestens 2017 möglich. Die IG Metall fordert zusammen mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund eine stärkere Einbindung der Gewerkschaften und der Arbeitgeber in die Debatte. "Beschäftigungspolitische Fragen müssen von Anfang an Teil der Energiepolitik sein", erklärte Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. "Was wir brauchen, ist ein durch die EU-Kommission koordinierter Beteiligungsprozess der Sozialpartner."

- [Strategiepapier Energieunion](#)
 - [Vorhabenprogramm/ Annex](#)
 - [Pressemitteilung](#)
 - [Ratsschlussfolgerungen EU-Gipfel](#)
-

Gewerkschaften Europas für ein Umdenken bei Griechenland-Reformkurs

Der bislang eingeschlagene Austeritätskurs für Griechenland habe die Krise nicht entschärft, sondern noch verschlimmert. So heißt es in dem Positionspapier des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), welches auf der Sitzung des EGB-Exekutivausschusses am 10.-11. März 2015 verabschiedet wurde.

Der EGB kritisiert: Die Millionen, die nach Griechenland flossen, wurden vor allem zur Stabilisierung des Finanzsektors verwendet. Die drastische Kürzungspolitik hat das Land in eine tiefe Rezession getrieben. Daher fordert der EGB Reformen, die im Gegensatz zur bisherigen Austeritäts- und Sparpolitik dem Land neue wirtschaftliche Entwicklungschancen geben und insbesondere den jungen Menschen bessere Perspektiven bieten. Entschieden vorgehen müsse man gegen Steuerflucht, Klientelpolitik und Korruption bei öffentlichen Aufträgen. Tarifsystem und Arbeitnehmerschutz dürfen nicht weiter demontiert werden.

Die IG Metall hatte bereits am 2. Februar 2015 in ihrem Positionspapier zur Lage in Griechenland nach der Wahl ein Umdenken beim bisherigen Reformkurs gefordert. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und Mitglied der EGB-Exekutive betonte: "Weder Griechenland noch Europa insgesamt werden durch Spardiktate gestärkt. Was wir brauchen sind starke industrielle Beziehungen in ganz Europa, eine flächendeckende Tarifpolitik und faire Beschäftigungsbedingungen." Gemeinsam mit dem EGB kämpft die IG Metall für einen Kurswechsel in der EU für eine nachhaltige Industriepolitik, eine Stärkung und Ausweitung der Tarifsysteme sowie faire Arbeitsbedingungen in ganz Europa.

- [EGB-Positionspapier](#)
-

Milliardenschwerer EU-Investitionsfonds – IG Metall und EGB fordern Mitbestimmung der Sozialpartner

Die Wirtschafts- und Finanzminister stimmten am 10. März 2015 im EU-Ministerrat der Verordnung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) zu. Nun steht noch die Position des EU-Parlaments aus.

Der EFSI ist das Herzstück des EU-Investitionsplans, in den Mittel in Höhe von 21 Milliarden Euro fließen sollen. Zusätzlich stellt die Europäische Investitionsbank 5 Milliarden Euro zur Verfügung. Des Weiteren sollen 16 Milliarden Euro in Form von Garantien aus bereits bestehenden EU-Programmen hinzukommen. Der EFSI soll Investitionen u.a. in den Bereichen Verkehr, Energie, Breitband, Bildung und Risikokapital für kleine und mittlere Unternehmen genutzt werden können.

Die Initiative des EFSI stand auch zur Debatte im Haushalts- sowie im Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlaments. Die Abgeordneten fordern eine zentralere Rolle sowie eine Überwachungsfunktion des Parlaments. So sollen die Europäische Investitionsbank und der Investitionsausschuss des EFSI dem Parlament alle sechs Monate einen Rechenschaftsbericht vorlegen. Auch wird ein Mitspracherecht bei der Auswahl der Mitglieder des Investitionsausschusses gefordert. Zusätzlich müsse das Geld für den EFSI als Garantiefonds Teil der jährlichen Haushaltsberatungen werden.

IG Metall und Europäischer Gewerkschaftsbund verlangen, die Sozialpartner an den zukünftigen Entscheidungen des Investitionsausschusses zu beteiligen.

Sobald das EU-Parlament eine gemeinsame Verhandlungsposition bezüglich des EFSI festgelegt hat, wird es zu Verhandlungen zwischen dem Ministerrat und dem Parlament kommen. Eine Einigung in der Sache wird bis Juni angestrebt. Die neue Investitionsoffensive könnte demnach bereits Mitte 2015 anlaufen.

- [Presseerklärung der EU-Kommission](#)

EU-Sozialminister: Beschäftigung ist der Schlüssel zu Integration und Wachstum

Die Sozialminister der 28 EU-Mitgliedstaaten diskutierten am 9. März 2015 beschäftigungs- und sozialpolitische Fragen des Europäischen Semesters 2015. Die zentralen Herausforderungen der EU seien die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die steigende Anzahl an Langzeitarbeitslosen.

Für die lettische Ratspräsidentschaft erklärte Minister Uldis Augulis: "Wir haben eine eingehende Grundsatzdebatte geführt, bei der es vor allem darum ging, wie wir reibungslos funktionierende und inklusive Arbeitsmärkte unterstützen und ein hohes Beschäftigungsniveau erreichen können. Es war ausgesprochen nützlich, die Ansichten der Mitgliedstaaten dazu zu hören, wie die Sozialpartner besser in diesen Prozess einbezogen werden können."

Die Sozialminister der EU-Mitgliedstaaten begrüßten den Ansatz des Jahreswachstumsbericht 2015 und des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts, deren Veröffentlichung am 28. November 2014 die neue Runde des Europäischen Semesters

eingeläutet hatte. In ihren Berichten analysiert die EU-Kommission die Beschäftigungslage in Europa und die bislang ergriffenen Maßnahmen der Mitgliedstaaten. Des Weiteren liefert sie Vorschläge, wie die EU ihrer Auffassung nach zu einem soliden Kurs nachhaltigen Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstums zurückkehren könnte. Die Sozialminister stimmten mit der Kommission darin überein, dass die Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit sowie der weiter ansteigenden Langzeitarbeitslosigkeit die zentrale Herausforderung bleibe. Beschäftigung sei der Schlüssel zu Integration und Wachstum. Die Minister befürworteten auch den von der Kommission vorgeschlagenen 3-Säulen-Ansatz einer EU-Wirtschafts- und Sozialpolitik, basierend auf Investitionsimpulsen, Strukturreformen und verantwortungsvoller Haushaltspolitik.

- **Pressemitteilung des Rates**
-

Sozialer Dialog ist Verlierer der Wirtschaftskrise in Europa

Der Soziale Dialog in Europa hat stark unter der Krise gelitten. Zu diesem Ergebnis kommt der Bericht "Industrielle Beziehungen in Europa 2014" der EU-Kommission (Generaldirektion Beschäftigung), der am 5. März 2015 veröffentlicht wurde.

In der aktuellen Ausgabe der "Industriellen Beziehungen in Europa" geht es insbesondere um die Entwicklung der Tarifpolitik in Krisenländern. Ebenfalls thematisiert werden die industriellen Beziehungen in den sogenannten Programmländern (Griechenland, Zypern, Spanien, Irland, Portugal) und der Einfluss auf die Jugendarbeitslosigkeit sowie die jüngsten Entwicklungen im europäischen Sozialen Dialog und dem europäischen Arbeitsrecht.

Der Bericht bestätigt die Kritik der IG Metall, dass der Soziale Dialog in Europa stark unter der Krise gelitten hat, vor allem in den Ländern mit einem ohnehin schwachen System des Sozialen Dialogs. In vielen EU-Mitgliedstaaten führte die Wirtschaftskrise zu einer Beschleunigung bereits bestehender Trends, wie der Dezentralisierung von Tarifsystemen. "Regierungen und öffentliche Behörden fassen zunehmend einseitig Beschlüsse ohne die Anhörung der Sozialpartner", resümiert der Bericht. Die IG Metall fordert die Europäische Kommission daher auf, sich für die Stärkung des Sozialen Dialogs in Europa im Ausgang der Krise einzusetzen.

- **Bericht "Industrial Relations in Europe 2014"**
-

Wettbewerbsfähigkeit nur mit Sozialpartnerschaft

"Wir brauchen einen starken Sozialen Dialog in der EU und in den Mitgliedstaaten", sagte EU-Kommissions-Vizepräsident Valdis Dombrovskis zur Eröffnung einer hochrangigen Konferenz mit den Sozialpartnern am 5. März 2015 in Brüssel. Zuvor hatte die Kommission einen Neustart für den Sozialen Dialog auf europäischer Ebene angekündigt.

Die neue EU-Kommission von Jean-Claude Juncker hatte die Stärkung des Europäischen Sozialdialogs zu einer ihrer Leitinitiativen erklärt. Die Konferenz mit über 400 Teilnehmern sollte nun den Auftakt dieser Initiative bilden. Führende Vertreter der europäischen sowie der nationalen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, der EU-Kommission und des EU-Parlaments diskutierten Bedingungen, Ziele und Effekte einer politischen Einbindung der Sozialpartner hinsichtlich sechs konkreter Politikfelder: Europäisches Semester, Arbeitsbeziehungen und Kapazitätsaufbau auf nationaler Ebene, makroökonomische Strategie der EU, digitaler Binnenmarkt, Kommissionsinitiative für eine bessere Rechtssetzung und Qualifikations-, Bildungs- und Ausbildungsbedarf in einer sich wandelnden Arbeitsumgebung. Die Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, Marianne Thyssen, erklärte: "Die heutigen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen erfordern einen fruchtbaren sozialen Dialog sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene. Ist der soziale Dialog stark, so ist die Wirtschaft wettbewerbsfähiger und sozial belastbarer. Die Mitwirkung der Sozialpartner an der Gestaltung und der Durchführung der Politik ist von entscheidender Bedeutung, um Wettbewerbsfähigkeit und die soziale Gerechtigkeit zu stärken. Außerdem bildet sie die Voraussetzung für eine funktionierende soziale Marktwirtschaft in Europa." Die Konferenz legte allerdings große Gegensätze zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern offen. Während Arbeitgebervertreter die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit als das vorrangige Ziel von Reformen betonten, erklärte die Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Bernadette Ségol, man dürfe den Sozialen Dialog der Wettbewerbsfähigkeit nicht unterordnen. Zwar seien auch Gewerkschaften grundsätzlich für Reformen, allerdings müsse die Sozialpartnerschaft deren Basis sein.

- [Konferenzprogramm](#)
- [Broschüre "Social Dialogue"](#)

Ausblick: Industriepolitische Konferenz

Die IG Metall veranstaltet am 26. März 2015 in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung eine Konferenz in Brüssel mit dem Titel: "Europa 2020 – Industriepolitik in Europa".

Ende 2014 kündigte die EU-Kommission eine Reihe von wirtschaftspolitischen Initiativen an. Sie plant, mit Investitionen von über 300 Milliarden Euro die lahmende Konjunktur in Europa anzukurbeln. Gezielte Offensiven sollen für mehr Beschäftigung und weniger Armut in Europa sorgen. Gleichzeitig will die Kommission die "Europa 2020"-Strategie fortführen und hält am Plan einer Re-Industrialisierung fest. Europas wirtschaftliche Stärke basiert auf einer stabilen und nachhaltigen Wirtschaft, so die Kommission. Diese Auffassung vertritt auch die IG Metall. Die Industrie muss die Hauptrolle in der

Wirtschaftspolitik spielen, denn an ihr hängen die Arbeitsplätze und die Innovationspotentiale in Europa. Doch reichen die von der Kommission angekündigten Offensiven aus, um die industrielle Basis in den Euro- Krisenländern aufzubauen und in anderen Ländern die Industrie weiterzuentwickeln und für mehr Beschäftigung zu sorgen? Diese und andere zentrale Fragen sollen auf der "Industriepolitischen Konferenz" den hochrangigen Teilnehmern gestellt werden. Auf dem Podium werden die Europäischen Betriebsräte Marc Ambiaux (Airbus), Kai Müller (Alstom) und Alberto Villalta (ArcelorMittal) mit Vertretern aus EU-Kommission und EU-Parlament darüber miteinander ins Gespräch kommen. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, wird in die Thematik einführen und die Position der IG Metall vertreten.

- **Programm der Industriepolitischen Konferenz**

Herausgeber: IG Metall Vorstand

V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb

Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*

International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels

Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand